Nr. 185 XXVI. Jahrgang Mittwoch, 10. Juli 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 8 28, 13 8 36, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschläge berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Annahme und Beförderung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist zugelassen. Filiale: Dresdner und auswärtige Annoncenbureaus sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Im Dresdner Bestellbezirk monatlich M 1.20, vierteljährlich M 3.60 frei Haus, durch unsere weiteren Ausgabestellen monatlich M 1.30, vierteljährlich M 3.90 frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.20, vierteljährl. M 3.60; B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.45, „ „ 4.35
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.15, vierteljährl. Kr. 6.45; B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.70, „ „ 8.00
Nach d. Auslande im Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Staatssekretär v. Kühlmanns Rücktrittsgesuch genehmigt

Der Aufstand in Moskau unterdrückt — Der diplomatische Draht- und Briefverkehr in Rußland unter Aufsicht — 17000 Tonnen versenkt — Die Amerikaner erwarten den Angriff auf ihren Frontabschnitt

Kurswechsel in der äußeren Politik?

Kurz vor Redaktionsschluß erhalten wir folgende Meldung unsres parlamentarischen Mitarbeiters:

h. **Berlin, 9. Juli.** (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) **Wie im Reichstage bestimmt verlautet, soll das Rücktrittsgesuch des Herrn v. Kühlmann genehmigt und Herr v. Hintze als Nachfolger ernannt worden sein.**

Im Augenblick, da diese Zeilen in Druck gehen, liegt noch keine Bestätigung der Meldung von irgendwelcher amtlichen Seite vor. Wenn die Meldung zutrifft, so geht Kühlmann zweifellos, weil er — das war ja der tatsächliche und unverfälschte Ausdruck seiner Meinung im Reichstag — das Kriegsziel nicht in der Annexion Belgiens und französischer Grenzgebiete sieht, vielmehr den Krieg dann beendigt wissen will, wenn England sich auf diesem Boden zu Friedensverhandlungen geneigt zeigt: unbedingte Freiheit der Meere, Freiheit der deutschen Ausfuhr und Zufuhr, ein deutscher Kolonialbesitz, der deutscher Begabung, Leistung, Bevölkerung voll entspricht. Trifft es ferner zu, daß Herr v. Hintze bereits zum Nachfolger Kühlmanns ernannt worden ist, so hat sich die radikal entgegengesetzte politische Meinung Geltung verschafft, die alldeutsche, als deren starker Vertreter Herr v. Hintze unbedingt gelten muß.

Die Folgen liegen ebenso klar am nahen Horizont sichtbar. Es ist dann nicht möglich, daß der Reichskanzler und der Vizekanzler, die sich vor ihrer Ernennung im Angesicht der Volksvertretung und der Nation auf ein Programm festgelegt haben, das einen Eroberungskrieg ablehnt, dessen Ende gar nicht abzusehen ist, in ihren Aemtern bleiben. Genau so unmöglich, daß die Reichstagsmehrheit in ihrer Stellung zur Regierung, insbesondere zu den kommenden Männern bleibt. Seit dem Beginn des furchtbaren Krieges hat in vielen Reden der Kaiser, haben die Führer immer wieder dem deutschen Volke, Europa, der Welt feierlich erklärt: Deutschland führt einen Verteidigungskrieg, der ihm aufgezwungen worden ist von einer eroberungssüchtigen Koalition, die den deutschen Ueberseehandel und -Besitz, damit ein Lebenselement deutschen Volkstums zu vernichten trachtet. Herr von Hintze als Staatssekretär — das würde eine Abkehr von dieser offiziell gekennzeichneten Auffassung, einen Uebertritt auf das jenseitige Ufer bedeuten.

Es kann ferner kein Zweifel darüber herrschen, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes an der Meinung festhält, in der sie sich mit der Führung in ehrlicher Zustimmung zusammengefunden hat. Das ist auch der Grund, aus dem wir hier — unabgeleugneten Mängeln zum Trotz — die Politik Kühlmanns, wie die seiner Vorgänger unterstützt haben. Jetzt würde ja überhaupt — immer vorausgesetzt, daß die allerdings sehr bestimmt lautende Meldung sich bestätigt — zum ersten Male ein Eroberungspolitiker vom reinsten Wasser deutscher Außenminister und im vielleicht kritischsten Augenblick. Das muß, wird als ein Flaggensignal wirken. Es würde sich bald zeigen, wie dieser Wechsel des Steuerkurses auf das Reichsschiff wirkt und auf die Flotte der Gegner. Wir jedenfalls sehen, wenn sich die folgenschwere Aenderung als Tatsache erweist, mit schweren Sorgen der Zukunft entgegen, der wir, wenn sich wider alles Erwarten die schroffe Wendung als segensreich erwiese, gern alle Bedenken opfern wollen. Aber wir fürchten, wir werden sie behalten. Nie im Leben haben wir uns so herzlich gewünscht, desavouiert zu werden, wie in diesem Fall, nie diese Möglichkeit für unmöglicher gehalten.

Ist aber der Entschluß noch nicht gefaßt, dann mahnen wir immer wieder, auf die Stimme des Volkes und der politischen Vernunft zu hören, solange es noch Zeit ist. In dem Bewußtsein, daß wir dann politisch ebenso unüberwindlich bleiben, wie unsre Heere unüberwindlich sind unter einer die Dinge klar und von Rausch und wechselreichen Gefühlen freien, unbeirrt sehenden Führung.

*

Während des Druckes des Blattes trifft die folgende offiziöse Ankündigung des Wolff-Bureaus ein, die

Kühlmanns Entlassung bestätigt:

× **Berlin, 9. Juli. Wie zuverlässig verlautet, hat der Kaiser das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann angenommen. Als sein Nachfolger wird der bisherige Gesandte in Christiania, v. Hintze genannt. Eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht getroffen.**

Wir haben uns nicht nur in den vorangehenden, unter dem Eindruck des Reichstagsgerüchtes von der Entlassung Kühlmanns geschriebenen Zeilen, sondern wiederholt in ausführlichen Artikeln vorher zur Politik Kühlmanns, zur Frage seiner Nachfolge und Kursänderung so ausgesprochen, daß sich an dieser Stelle weiteres zu sagen erübrigt. Es bleibt abzuwarten, welche Folgerungen Graf Hertling, Herr v. Payer und die Reichstagsmehrheit aus den Tatsachen ziehen. Die Ernennung des Herrn v. Hintze ist, wie wir hören, unmittelbar zu erwarten.

Heftiger Artilleriekampf beiderseits der Somme

× **Großes Hauptquartier, 9. Juli.** (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Südlich des La-Bassée-Kanals wurden mehrfach wiederholte Teilangriffe, auf dem Nordufer der Somme starke Vorstöße des Feindes abgewiesen. Der Artilleriekampf blieb in diesen Abschnitten lebhaft und nahm am Abend beiderseits der Somme zeitweilig wieder große Stärke an.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Westlich von Antheuil (südwestlich von Noyon) **haben sich heute früh nach heftigem Feuer örtliche Angriffe des Feindes entwickelt. Am Walde von Villers-Cotterêts scheiterten Teilangriffe der Franzosen in unserm Kampfgelände.**

Gestern wurden 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Billik errang seinen 23. und 24., Leutnant Friedrichs seinen 21. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Die neue holländische Kammer

Von unserm *-Mitarbeiter

Haag, 6. Juli

Das Ergebnis der soeben zum Abschluß gelangten Wahlen zur Zweiten holländischen Kammer kennzeichnet sich durch zwei innerpolitisch bedeutsame Momente: die starke Parteizersplitterung, als deren Folge ein empfindlicher Rückgang der freisinnig-gemäßigten Gruppen zu verzeichnen ist, und den Sieg der Sozialdemokratischen Arbeitspartei, die — nebst einem überraschend großen Mandatszuwachs — noch die Genugtuung erhielt, eine Frauenkandidatin in die Volksvertretung zu bringen. Die Parteizersplitterung entstand hauptsächlich unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Nöte des neutralen Landes, aus den Schwierigkeiten, einerseits die Schlagfertigkeit der Armee hochzuhalten und anderseits die gewaltigen Kreditansprüche, die das Lebensmittelgesetz verursacht, zu decken. Dazu kamen die Opfer nach der Ententeseite hin: Schiffsraub, Behinderung des Verkehrs mit den Kolonien, Ueberwachung und Einmengung in die Nährstoffverteilung. Das innerlich zerklüftete Kabinett Cort van der Linden erlitt durch die unerquickliche Geschichte mit dem für Niederländisch-Indien bestimmten Geleitzug, der zweimal in See stach und der zweimal zurückkehren mußte, eine solche Schlappe, daß die inzwischen begonnene Wahlkampagne den neugegründeten Parteien den besten Stützpunkt bot, um an allem und jedem, was die Regierung getan und unterlassen hatte, schärfste Kritik zu üben. Man darf sagen, daß die Vergewaltigungspolitik Englands und der Vereinigten Staaten zu dem innerpolitischen Spaltungsprozesse, der das nun vorliegende Wahlergebnis charakterisiert, entscheidend beigetragen hat.

Freilich, die Forderung der Neutralität vertreten alle in die Zweite Kammer gewählten neuen Parteimänner; darin vereinigen sie sich mit den Männern der alten Parteien, darin schließen sie sich denjenigen Gruppen an, die jetzt etliche Sitze eingebüßt haben, deren politische Grundsätze jedoch von den Neulingen einfach übernommen werden müssen. Es ist demnach zu erwarten, daß in allen prinzipiellen, die Richtlinien der Außenpolitik betreffenden Fragen ein Zusammengehen des mosaikartigen Parteigefüges der holländischen Zweiten Kammer erfolgen wird. Die Debatten werden wohl hitziger, langwieriger und auch reklameartige Wirkungen (von den neuen Männern aus) zugespitzt sein. Aber der Umstand, daß die politisch Erfahrenen immer noch unter den Liberalen sitzen, dürfte zur Folge haben, daß sich bei entscheidenden Anlässen eine Verschmelzung der sogenannten rechtsstehenden Gruppen vollziehen wird. Das Bedenkliche bei diesem Ausgleiche ist das Ueberwiegen der sogenannten linksstehenden Parteien. Man zählt dazu die Römisch-Katholischen (30 Mandate) und die Sozialdemokraten (22). Auf der rechten Seite stehen die Antirevolutionäre mit ihren Vormännern Heemskerk, Colijn, die freien Liberalen mit Dresselhuys, dem Vorsitzenden des Antikriegsrates, die liberale Vereinigung mit dem früheren Kammerpräsidenten Fock und dem Bautenminister Lely, der freisinnig-demokratische Bund mit dem angesehenen Politiker Marchant; wie ein Kometenschweif folgen dahinter die neugewählten Vertreter der „Neutralen Partei" (ein Revenentschreiber namens Ter Hall), die Vertreter des „Plattlanders"-Bundes, der „Mittelstandspartei", des „Bundes zur Demokratisierung der Wehrmacht", der christlichen Sozialisten, der Sozialrevolutionäre, der Christlich-Sozialen und der Christen-Demokraten.

Bekanntlich führte der frühere Finanzminister Treub die Wahlpropaganda für den „Oekonomischen Bund", der mit drei Männern in die neugewählte Kammer seinen Einzug hält. Treub fungiert als Präsident des Bundes, den er durch eine ungeheure rednerische Kraftentfaltung gegen die Angriffe der Liberalen verteidigen mußte. Vergleicht man diesen seit Monaten betriebenen und von der ententegesinnten Presse („Telegraaf" und „Dagblad van 's-Gravenhage") unterstützten Propagandafeldzug des „Oekonomischen Bundes" mit dem erreichten Ergebnis, so hat man die Tatsache einer schweren Niederlage für Treub und dessen Anhänger festzustellen. Der „Oekonomische Bund" sollte, wie es seit Wochen hieß, eine neue, auf rein wirtschaftlichen Grundlagen errichtete Innenpolitik verwirklichen; er sollte die „Fachleute" ans Ruder bringen, die Techniker, die Bankdirektoren, die Landbaukundigen. Holland sollte richtig „exploitiert" werden. Sonst wußte Treub nichts zu sagen. Er lehnte sich an die liberalen Elemente an, und es gelang ihm tatsächlich, drei Mandate von den Liberalen abzuknabbern. In der Kammer steht nun der „Oekonomische Bund" unter den Mitläufern, die weder eine eigene Politik betreiben können, noch in der Opposition ein wichtiges Wort zu sprechen haben. Treub hat die Zahl der Kammerparteien von 16 auf 17 erhöht, das ist alles. Die frühere Kammer setzte sich aus acht Parteien zusammen . . .

Bei der Zusammensetzung der neuen Regierung wird zweifelsohne der Sozialist Troelstra — mit einer riesigen Stimmenmehrheit auf Grund des Verhältniswahlrechtes gewählt — einen tonangebenden Einfluß haben. Seine Aufnahme in das Kabinett wird bereits als feststehend angesehen. Auch die erstarkten Römisch-Katholischen, hauptsächlich Vertreter Nordbrabants, rücken in den Kreis der Ministerreifen. Es sind darunter sehr angesehene, als

Nach dem Moskauer Gesandtenmord

In einem außerordentlich heftigen Aufruf, den die Moskauer „Prawda" veröffentlicht, wird darauf hingewiesen, daß durch die Schuld von „Halunken aus den Reihen der linken Sozialrevolutionäre" Rußland „auf Haaresbreite vor einem Kriege" stehe. Zugleich wird gesagt, daß schon die ersten Schritte der Sowjetregierung in Moskau zur Ergreifung des Mörders des Grafen Mirbach und der Helfershelfer von den linken Sozialrevolutionären damit beantwortet wurden, daß sie einen Aufstand begannen, die hervorragendsten Mitglieder der russischen kommunistischen Partei (Bolschewiki) gefangennahmen, sich des Telephon- und Telegraphenamtes bemächtigten, mit bewaffneten Kräften einen kleinen Teil Moskaus besetzten und Sowjetautomobile abfingen. Die Sowjetregierung habe als Geiseln alle im großen Theater befindlichen Delegierten des fünften Kongresses der Sowjets aus den Reihen der linken Sozialrevolutionäre festgehalten und Maßregeln getroffen, um die Pläne der Weißen Gardisten sofort zu unterdrücken. Das ist denn auch rasch gelungen:

× **London, 8. Juli.** (Reuter.) **Eine russische drahtlose Meldung besagt, daß die gegenrevolutionäre Erhebung der linken Sozialrevolutionäre in Moskau unterdrückt ist. Mehrere hundert Verhaftungen wurden vorgenommen.**

id. **Wien, 9. Juli.** (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) **An zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß der Mord am Grafen Mirbach nicht eine vereinzelte politische Explosion ist, sondern er sollte im Rahmen der revolutionären Bewegung aller Anti-Bolschewiki und der ententefreundlichen Elemente das Signal zum Ausbruch einer Bewegung sein, um Deutschland zu zwingen, gegen Rußland vorzugehen. Bezeichnend ist, daß die ganze französische Presse einmütig den Krieg zwischen Deutschland und Rußland prophezeit.** (kf)

m. **Köln, 9. Juli.** (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) **Die „Köln. Ztg." meldet aus Stockholm: Petersburger Meldungen über Helsingfors klären mancherlei an den einstweilig unklaren Moskauer Verhältnissen auf. Danach haben sich die widersprechendsten Elemente vereinigt, um die Bolschewiki zu stürzen. Allgemein herrschte am 5. in Petersburg noch die Auffassung, daß weniger die Bolschewiki, die noch nicht alle Sympathien für ihre tschechischen Kampfgenossen gegen die Konstituante vergessen hätten, als der energische Einspruch des Grafen Mirbach den Abtransport der Tschechen über Wladiwostok nach der Westfront verhindert hätte. Das Ziel der sozialrevolutionären Führer ist die Konstituante. Die Konstituante soll zunächst versuchen, sich friedlich mit Deutschland über die Durchsicht des Brester Friedens zu einigen. Erst wenn von deutscher Seite eine bestimmte Weigerung erfolgt, würde man sich wieder an die früheren Verbündeten wenden. Man glaubt, etwa 100 000 Mann frühere Frontsoldaten noch aufbieten zu können.**

In Moskau ist der Belagerungszustand erklärt. Die Telephon- und Telegraphenstation ist von den Bolschewiki nach einigen Stunden zurückerobert worden. Die in ihren Quartieren mit Artillerie beschossenen Linken Sozialrevolutionäre haben im Laufe des Tages Parlamentäre geschickt, worauf die Bolschewiki bedingungslose Unterwerfung forderten. Die Sozialrevolutionäre sollen sich auch mit der Aufforderung zum Streik an die Eisenbahner gewandt haben, haben aber anscheinend eine Absage erhalten. Gerüchte, daß in Petersburg, Jaroslaw und in andern Städten der Aufstand losgebrochen sei, werden von der Regierung als unbegründet bezeichnet.

Die Linksrevolutionäre haben, wie gemeldet, ein Bulletin herausgegeben, in dem sie mitteilen, daß Graf Mirbach von der Terroristensektion der Linkssozialrevolutionäre getötet worden sei. Nach einer Mitteilung der Regierung haben die verhafteten Führer der Linken Sozialrevolutionäre, worunter sich die Spiridonowa befindet, zugestanden, daß das Attentat mit Wissen der Parteileitung ausgeführt worden ist, um den Bruch des Brester Friedens zu erzwingen. Soweit bisher festzustellen, hat das Attentat und die seitens der Gegenrevolutionäre ausgegebene Parole: „Krieg gegen Deutschland" diesen viele Anhänger und Helfer abwendig gemacht, infolgedessen besteht begründete Aussicht, daß die Bolschewiki der Lage in Moskau Herr werden.

Die über den Gesandtenmord angestellte Untersuchung hat weiter ergeben, daß das Verbrechen offenbar von langer Hand vorbereitet worden ist. Der ungarische Graf Robert Mirbach, ein entfernter Verwandter des Gesandten, wurde nämlich vor ungefähr vier Wochen als Bewohner eines Hotels, in dem eine schwedische Artistin in angeblich gegenrevolutionärem Zusammenhang Selbstmord verübt hatte, verhaftet. Er war, wie die übrigen verhafteten Hotelbewohner, völlig unschuldig. Indessen blieb er, während die andern freigelassen wurden, verhaftet. Die ganze Angelegenheit ist höchst wahrscheinlich von Mitgliedern der „Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution" künstlich geschaffen worden, um einen Vorwand zu haben, zu dem Gesandten persönlich vorzudringen.

Die Stimmung in Moskau

Welche Stimmung schon vor dem Gesandtenmord in Moskau herrschte, dafür legt ein Bericht vom 2. Juli, den die „Frankf. Ztg." erhält, Zeugnis ab: Heute sollte in Moskau die Gegenrevolution zum Ausbruche kommen. Nach einem vorbereiteten Plane sollten in den verschiedenen Stadtvierteln gleichzeitig die Anhänger der alten bürgerlichen Ordnung die Macht an sich reißen. Die Krönung des Planes war die Umzingelung und Eroberung des Kreml, wo die führenden Mitglieder der Sowjetregierung das unversehrt gebliebene große Kremlpalais bewohnen. Der Tag war gut gewählt. Denn heute sollte im Kreml der allrussische Rätekongreß unter dem Vorsitze Lenins eröffnet werden. Bis jetzt ist der Tag in vollkommener hochsommerlicher Ruhe verlaufen. Es wird erzählt, daß eine Anzahl Menschen, darunter Engländer und Serben, verhaftet worden sei. Freilich ist die Lage gespannt. Unter äußerer Straßenruhe verbirgt sich eine allgemeine nervöse Unruhe. Zur Zeit vollzieht sich die Mobilisierung der Roten Armee gegen die Gegenrevolution. Das gesamte Bürgertum der Stadt durchlebt gegenwärtig wahre Schreckenstage. Das Mobilisierungsdekret verfügt nämlich auch die Mobilmachung der bürgerlichen Elemente. Im Falle der Weigerung wird das Familienhaupt ins Gefängnis gesperrt oder mit Geldstrafen bis zu 100 000 Rubeln belegt. Die meisten Moskauer Wohnungen sind bereits geräumt oder in voller Räumung begriffen. Reiche Leute gehen, um nicht aufzufallen, in armseligster Kleidung.

Die linken Sozialrevolutionäre und die deutschen Sozialdemokraten

* **Moskau, 9. Juli**

Das Moskauer „Raiche Slowo" berichtet über den Parteitag der linken Sozialrevolutionäre, der am 29. Juni in Moskau stattfand: Auf diesem Kongreß wurde ein Brief Steinbergs, des früheren Volkskommissars für Justizwesen, verlesen, in dem er (aus Stockholm?) über die Stimmung unter den deutschen Sozialdemokraten berichtete. Er führte aus: „Niemand unter den deutschen Sozialisten kann sich eine klare Vorstellung machen von dem, was im Rußland der Sowjets geschieht, niemand denkt auch nur daran, daß Rußland die soziale Revolution durchführen wird, die ganz undenkbar ist in diesem rückständigen Lande. Hier finden die russischen Sozialisten keine Unterstützung. Im äußersten Falle wären die deutschen Sozialisten bereit, die demokratische Revolution in Rußland zu unterstützen, aber auch nur diese. Nur die wenig zahlreiche Gruppe Spartacus ist bereit, bis zu Ende zu gehen." Diese pessimistische Nachricht wirkte sehr stark auf die linken Sozialrevolutionäre ein, die bisher nicht an den Sympathien der deutschen Arbeiterklasse für sie gezweifelt hatten. Diese brachten die Meinung zum Ausdruck, daß man bei dieser Lage in Deutschland die Taktik ändern müsse.

(Weiteres siehe auf Seite 8)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180710/1